

### Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Rechnungsabschluss 2015
- 0 Fußball EM am Hauptplatz
- 0 Internationaler Frauentag
- 0 Einkaufszentren

## Kein Steuergeld für Airpower! Antrag der KPÖ von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt



**Am 2. und 3. September soll die Airpower stattfinden. Millionen Menschen sind vor Krieg und Bombardierung auf der Flucht. Das verursacht unendliches Leid und stellt uns vor gewaltige Herausforderungen. Gleichzeitig gab es in Paris die Weltklimakonferenz. Es wird immer klarer, dass wir etwas ändern müssen, damit unsere Erde umweltmäßig nicht an die Wand gefahren wird.**

**Es** ist absurd in Zeiten wie diesen eine umweltschädigende Waffenschau zu veranstalten und diese noch mit Steuergeldern zu unterstützen. Erinnern wir uns, bei der letzten Airpower wurden Kampfflieger aus Saudi Arabien gezeigt. Vielleicht sind diese Waffen jetzt im Syrienkrieg im Einsatz und töten Menschen. Es gibt viele Gründe, die gegen die Airpower sprechen. Deshalb hat die KPÖ im Landtag und im Gemeinderat einen Antrag gegen die Airpower eingebracht.

### Lärm und Gefährdung

**Die** Airpower ist eine enorme Lärmbelastung. Wochen vor und nach der Veranstaltung wird die Region durch Lärm terrorisiert. Außerdem sind Flugshows auch immer ein Sicherheitsrisiko. Vor kurzem gab es bei Flugshows mehrere Unfälle.

### Diesen Antrag hat die KPÖ im Gemeinderat gestellt:

#### Ablehnung der Airpower 2016

Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld möge folgendes beschließen:

*Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld spricht sich gegen die Airpower 2016 aus. Der Bund und das Land Steiermark werden aufgefordert keine Steuermittel für diese Veranstaltung auszugeben.*

*Weiters fordert der Gemeinderat, die dadurch eingesparten Mittel den Aichfeldgemeinden für Umweltprojekte und gewaltfreie friedenserzieherische Maßnahmen an den Schulen zur Verfügung zu stellen.*

### Ein Hohn für den Klimaschutz

**Die** sich häufenden Umweltkatastrophen und die Veränderungen im Wetter zeigen deutlich, dass der Klimaschutz endlich ernst genommen werden muss. Bei der Airpower werden durch den Flugbetrieb und die Anreise enorme Mengen an Treibstoff verbraucht und die Umwelt belastet. Die öffentliche Hand muss eine Vorbildwirkung für sinnvolle Energienutzung in allen Bereichen haben.

**Wenn** nun eine solch energieintensive Veranstaltung mit öffentlichen Mittel gefördert wird, wird den Menschen signalisiert, dass Klimaschutz in Wirklichkeit keine Rolle spielt. Wie kann von den BürgerInnen ein Bewusstsein in Sachen Klimaschutz erwartet werden, wenn die öffentliche Hand ein energieintensives, umweltschädigendes Spektakel fördert?

### Geld für Soziales statt für Waffenschau

**Die** Veranstaltung soll laut offiziellen Angaben etwa 3,75 Millionen Euro kosten. Die Kosten werden zu einem Drittel durch das Land Steiermark, das Verteidigungsministerium, sowie Red Bull getragen. Im Bund, im Land und in vielen Gemeinden werden für die BürgerInnen Belastungspakete geschnürt und Leistungen gekürzt.

**Fortsetzung** ➔

**Fortsetzung** ➔

In den vergangenen Jahren wurde die Airpower auf Grund von Einsparungen abgesagt. Die finanzielle Situation hat sich inzwischen nicht verbessert. In Zeiten von Belastungen für die Bevölkerung ist es unverständlich, dass bei der Airpower große Mengen an Steuergeldern zur Präsentation von Waffen verschleudert werden sollen.

**Waffen als Volksbelustigung**

**Was** bei der Airpower gezeigt wird sind Waffen. Kampfflugzeuge sind Waffen, die gebaut und entwickelt wurden um Kriegseinsätze zu fliegen und Menschen zu töten. Die Wirkung dieser Waffen können wir fast jeden Tag im Fernsehen in den Krisengebieten dieser Erde, wie z.B. in Syrien, beobachten. Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und

Bomben – und in Österreich werden Millionen für eine Waffenschau verschwendet, in der Kampfflugzeuge gezeigt werden.

**Waffen als Volksbelustigung**

**Kinder** und SchülerInnen werden die Airpower besuchen. Der Einsatz und die Wirkungsweise dieser Waffen wird meist verharmlosend und auf technische Details reduziert dargestellt. Wir brauchen eine aktive und gewaltfreie Neutralitätspolitik, die uns wieder Ansehen in der Welt bringt, und keine Demonstration von todbringenden Waffengattungen. Leider haben sich SPÖ, ÖVP, und FPÖ unseren Argumenten nicht angeschlossen. Dem Antrag wurde nicht einmal die Dringlichkeit erteilt, er kam gar nicht auf die Tagesordnung.

**Problem Handymasten**

**Es gibt viele verschiedene Handnetzbetreiber. Dadurch wachsen die Handymasten wie Schwammerl aus dem Boden. In der Terrassensiedlung wurden sechs zusätzliche Sendeverstärkeranlagen eines zusätzlichen Mobilfunkanbieters installiert.**

**KPÖ**-Stadträtin Renate Pacher hat die Angelegenheit im Stadtrat zur Sprache gebracht. Dort wurde erklärt die Gemeinde habe keine Handhabe dagegen vorzugehen. Die MieterInnen der Terrassensiedlung sind zweifaches Opfer des Privatisierungswahns geworden: Durch die Privatisierung der Telekommunikation gibt es nun viele verschiedene Anbieter - und dadurch auch viele Sendeanlagen. Um das Geschäft der Handybetreiber nicht zu stören, gibt es in Sachen Handymasten auch kaum gesetzliche Möglichkeiten für die AnrainerInnen.

**Und** durch die Privatisierung der Terrassensiedlung durch die ÖVP/FPÖ-Regierung gibt es nun einen privaten, gewinnorientierten Wohnungseigentümer. Der hat die MieterInnen von den zusätzlichen Anlagen nicht informiert, obwohl es bei der ersten Installation eine breite Protestwelle gab. Damals konnten die BürgerInnen in einer Versammlung noch Veränderungsvorschläge einbringen. Nun wurden die BewohnerInnen einfach überrumpelt.

**Sprechstunde  
mit Sozialberatung**

**KPÖ-STR. Renate Pacher  
und DSA Karin Gruber**

**Freitag, 1. April**

**KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld  
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr  
Vor Anmeldung: 03512/ 82240**

**Unsere Internetadresse:  
[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)**

**Aus dem Gemeinderat****Gelände ehemalige Gärtnerei Wutz**

**Das** Gelände und auch die Auslagen der ehemaligen Gärtnerei Wutz bieten einen verheerenden optischen Eindruck. Die Kärntnerstraße ist stark frequentiert und der Anblick ist keine Werbung für unsere Stadt. Deshalb hat KPÖ-GR Sonja Karimi im Gemeinderat angeregt, der Bürgermeister solle mit dem Eigentümer Kontakt aufnehmen um eine Verbesserung zu erzielen. Der Bürgermeister bedankte sich für die Anregung und versprach der Sache nachzugehen.

**Kerzenautomat Friedhof**

**Die** Firma, die für den Kerzenautomaten am Friedhof zuständig ist hat einen neuen Betreiber. Deshalb musste der Vertrag neu beschlossen werden. KPÖ-GR Franz Moharitsch hat die Errichtung eines zusätzlichen Kerzenautomaten am Hauptgang angeregt. Ein zusätzlicher Automat würde die Wegstrecke verkürzen, was für Menschen mit Gehproblemen eine Verbesserung wäre. Der Bürgermeister berichtete er sei bezüglich dieser Anregung mit der Pfarre im Gespräch.

**Förderungen**

**Für** die Errichtung von Biomasseheizanlagen wurden Förderungen von je 400 Euro pro Objekt beschlossen. Es gab acht Ansuchen. Für die Errichtung von Solaranlagen wurden jeweils 400 Euro für zehn Antragsteller genehmigt.

**Raiffeisenbank  
Aichfeld**





## 8. März - Internationaler Frauentag Für Frieden und Gleichberechtigung

Jedes Jahr veranstaltet die KPÖ ein Fest zum Internationalen Frauentag und verteilt Nelken. „Für Frieden und Gleichberechtigung“ war das heurige Motto der Aktion.

**Damit** will die KPÖ an die Durchsetzung der Frauenrechte erinnern. Denn von völliger Gleichberechtigung sind wir leider weit entfernt. Zum Beispiel gibt es immer noch große Unterschiede in der Höhe der Einkommen von Männern und Frauen.

**Frieden** ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Deshalb hat die KPÖ die Forderung nach Frieden auch als zusätzliches Motto gewählt. Um Kriegselend und Flüchtlingswelle zu beenden, müssen die Kriege gestoppt werden. Das muss das erste Ziel sein. Ein Stopp der Waffenexporte und die Finanzierung der Kosten für Asylwerber durch die Profite der Waffenindustrie wären weitere wichtige Schritte.

### Der Kautionsfonds - oder die fremden Federn

Seit heuer gibt es in Knittelfeld einen Kautionsfonds. Eine gute Sache - mit einer langen Vorgeschichte. Schon sehr lange hat die KPÖ im Gemeinderat eines solchen Fonds zur Unterstützung von MieterInnen gefordert. Da sich nichts bewegt hat, haben wir im Jahr 2014 einen konkreten Antrag zur Schaffung eines Kautionsfonds eingebracht.

**Der** wurde angenommen. Dann herrschte wieder Funkstille. Auf unser Drängen hin wurden endlich 15.000 Euro für einen solchen Fonds im Budget 2015 bereit gestellt. Aber nachdem es keine Richtlinien gab, wurde nichts ausbezahlt. Erst als die KPÖ einen Richtlinienentwurf vorgelegt hat, kam langsam Bewegung in die Sache - der Kautionsfonds wurde mit Wirkung 2016 einstimmig im Gemeinderat beschlossen.

**Wir** waren ziemlich verblüfft, als in den Medien, auf der Facebookseite des Bürgermeisters und in der Gemeindezeitung der Stadt zu lesen war: „In der jüngsten Gemeinderatssitzung wurde auf Antrag von Bürgermeister DI(FH) Gerald Schmid und Wohnungsrat Erwin Schabhüttel der Kautionsfonds beschlossen“. „Die von der Gemeinde durch die SPÖ möglich gewordene soziale Unterstützung konnte bereits gewährt werden.“ Kein einziges Wort von der KPÖ.

**Der** Kautionsfonds ist eine gute Sache und natürlich braucht es zur Umsetzung eine Mehrheit im Gemeinderat. Aber die Initiatoren dieser neuen Sozialleistung mit keinem einzigen Wort zu erwähnen ist keine korrekte Vorgangsweise.



Im Bild die KPÖ-GemeinderätInnen  
Franz Moharitsch, Sonja Karimi,  
Renate Pacher und Elvir Kujovic.

### Aus dem Gemeinderat

#### Behindertenparkplatz

**Wir** sind ersucht worden den Wunsch nach einem Behindertenparkplatz in der Kirchengasse in den Gemeinderat einzubringen. Das hat KPÖ-GR Franz Moharitsch getan. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich die Behindertenreferentin GR Barbara Großschädl bereits der Sache angenommen habe. So ist wohl mit einer baldigen Umsetzung zu rechnen.

XOXOXOXOXOX

#### Wirtschaftsförderungen

**Folgende** Wirtschaftsförderungen wurden beschlossen: Zuschüsse für Neu- und Umbauten: Goldschmiede Gunter Berger 525 Euro, Zweirad Haimlinger: 2.500 Euro, Konfiserie Kern: 920 Euro. Das Natur & Reformhaus Taffanek erhält eine Förderung in Form eines gestaffelten, zeitlich begrenzten Zuschusses zur Kommunalabgabe.

XOXOXOXOXOX

#### Street-Workout

**Nach** dem Motto: „Fit ohne Kommerz“ gibt es in verschiedenen Gemeinden öffentlich zugängliche Fitnessstrecken. Diese Idee hat KPÖ-GR Sylvia Lammer in den Gemeinderat eingebracht. Gleichzeitig wurde bereits im Referat Kinder-Jugend-Familie an solchen Plänen gearbeitet. Nun ist das Konzept fertig und soll im Bereich des Sportstadions umgesetzt werden. GR Lammer wies im Gemeinderat darauf hin, dass die Umsetzung rasch erfolgen müsse, denn nun beginnt die Zeit der Aktivitäten im Freien. Es wurde versichert an einer baldigen Eröffnung zu arbeiten.

# Rechnungsabschluss 2015: Knittelfeld bekommt weniger Geld vom Bund als vor der Gemeindezusammenlegung

Die KPÖ hat dem Budget 2015 nicht zugestimmt, deshalb ist es nur logisch, dass wir auch den Rechnungsabschluss abgelehnt haben. Sieht man nur die Zahlen, könnte man zufrieden sein, es gibt einen Überschuss, der Verschuldungsgrad ist gesunken, aber die Zahlen sind nur ein Teil der Wahrheit.

**Wesentlich** ist der Weg, wie es zu diesen Zahlen gekommen ist. Die Zahlen dieses Rechnungsabschlusses sind auch das Ergebnis von Weichenstellungen und Entscheidungen, die in der Vergangenheit in der Gemeinde getroffen wurden. Und mit einigen dieser Entscheidungen waren wir überhaupt nicht einverstanden.

**Leider** gab es in unserer Gemeinde Personalabbau, Einsparungen, Gebührenerhöhungen, Kürzung von Sozialleistungen und Ausgliederungen. Diese Entscheidungen tragen dazu bei, dass die Zahlen jetzt so positiv erscheinen.

**Wir** sind der Meinung, Es ist nicht Ziel der Gemeindepolitik einen möglichst großen Überschuss zu erwirtschaften, sondern den Knittelfelderinnen und Knittelfeldern ein bestmögliches Lebensumfeld zu bieten. Dazu gehören gut funktionierende Gemeindeeinrichtungen, aber auch niedrige Gebühren und Tarife und gute Sozialleistungen.

**Leider** stecken die Gemeinden fest verschnürt im Maastricht-Korsett - und von dort kommt, ganz im Sinne der neoliberalen Politik, der Zwang zu kürzen und die öffentlichen Ausgaben zurückzufahren. Und das spürt man auch in unserer Gemeinde.

## Rückgang bei den Förderungen

**Aufgefallen** ist uns, dass bei den allgemeinen Subventionen, bei den Beihilfen für Hochschüler, bei den Kinderspielplätzen, bei den Sportveranstaltungen, beim Sportpool und der Sportkooperation zum Teil deutlich weniger ausgegeben wurde als veranschlagt. Auch bei den Kulturveranstaltungen gab es Einsparungen gegenüber dem Voranschlag. Das bedeutet, in all diesen Bereichen gäbe es durchaus finanzielles Potenzial für eine Verbesserung der Förderung und Unterstützung.

## Weniger Geld als vor der Fusion ➔

### Einnahmen Ertragsanteile 2014:

Knittelfeld: ..... 9.643.156

Apfelberg: ..... 833.870

Summe: ..... 10.477.026

### Einnahmen Ertragsanteile 2015

Knittelfeld (nach der Fusion mit Apfelberg):

..... 10.376.933

## Rechnungsabschluss 2015

### Ordentlicher Haushalt

Einnahmen: 33.392.833 Euro

Ausgaben: 32.279.202 Euro

Überschuss: 1.113.631 Euro

### Außerordentlicher Haushalt

Einnahmen: 3.106.924 Euro

Ausgaben: 3.768.344 Euro

Abgang: 661.420 Euro\*

\* Dieser Abgang wird durch Darlehensaufnahmen und zugesagte Förderungen bedeckt.

Im ordentlichen Haushalt sind alle laufenden Ausgaben veranschlagt. Im außerordentlichen Haushalt werden einmalige Projekte und Investitionen ausgewiesen.

➔ **Bei** den Ertragsanteilen (das sind die Mittel, die die Gemeinde vom Bund erhält) ist uns aufgefallen, dass die nun fusionierte Gemeinde Knittelfeld im Jahr 2015 um rund 100.000 Euro weniger an Ertragsanteilen vom Bund bekommen hat, als die beiden zuvor noch getrennten Gemeinden Knittelfeld und Apfelberg im Jahr 2014 erhalten haben. Rechnet man noch die Wertsteigerung dazu, ist der Verlust noch größer.

**Vor** den Gemeindezusammenlegungen wurde heftig damit geworben, wie gut die Fusionen für die Gemeindefinanzen wären. Wo sind die zuvor so viel gepriesenen Segnungen der Gemeindezusammenlegung? Das fragt sich - neben vielen Apfelbergerinnen und Apfelbergern - auch die KPÖ.

## Kautionsfonds:

### 15.000 Euro liegen gelassen

**Schade**, dass es im Jahr 2015 noch keine Richtlinien für den Kautionsfonds gab. Erst nachdem die KPÖ einen Richtlinienentwurf eingebracht hat, ist endlich Bewegung in die Sache gekommen. Aber die 15.000 Euro, die für 2015 budgetiert waren, wurden leider liegen gelassen. So ist es erst ab heuer möglich Menschen mit dem Kautionsfonds zu helfen.

## Für Gebührensenkungen

**Natürlich** gab es auch positive Projekte und Entscheidungen, wie die Senkung der Müllgebühren. Aber insgesamt sind wir der Meinung, dass die Gemeinde mehr in Sachen Sozialleistungen und Angeboten für die Bevölkerung tun könnte. Immer mehr Menschen tun sich schwer mit ihrem Einkommen auszukommen, weitere Gebührensenkungen würden hier vieles leichter machen.

**Der Rechnungsabschluss wurde mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und ÖVP beschlossen.**

# Die EM am Knittelfelder Hauptplatz - ein Interessenskonflikt

Der Tourismusverband plant die Live-Übertragung aller Spiele der Fußball-Europameisterschaft über einen ca. 30 m<sup>2</sup> großen Bildschirm am Knittelfelder Hauptplatz. Knittelfelder Wirte sorgen für die Bewirtung der ZuseherInnen. In den sechs spielfreien Tagen sollen Filme gezeigt werden. Die Kosten betragen rund 30.000 Euro. Der Gemeinderat hat eine Förderung von 10.000 Euro beschlossen.

**Diese** Veranstaltung birgt einen Interessenskonflikt. Viele werden sich über dieses Angebot freuen und es ist eine Belebung der Innenstadt. Auf der anderen Seite bedeutet der lange Zeitraum eine arge Belastung der Menschen, die in der Innenstadt wohnen. Alle, egal ob alte Menschen, Kranke, Kinder oder Berufstätige werden einen ganzen Monat lang mit einer ziemlichen Lärmbelastung zurechtkommen müssen - zusätzlich zu den Lärmquellen, die es in der Innenstadt ohnehin gibt. Der Zwiespalt bezüglich dieser Veranstaltung zog sich auch durch unsere Fraktion, Sonja Karimi und Pacher Renate haben gegen die Förderung, Franz Moharitsch und Sylvia Lammer dafür gestimmt.

## Genehmigung noch offen

**In** der Stadtratsitzung wurde berichtet, dass es noch nicht sicher sei, ob die Veranstaltung von der Behörde genehmigt wird. KPÖ-Stadträtin Pacher erklärte, es sei zu früh über die Förderung einer Veranstaltung zu entscheiden, die noch gar nicht genehmigt ist. Das heißt wir kennen auch die Rahmenbedingungen, wie z.B. die Öffnungszeiten, noch nicht.

## Keine Gespräche mit den

### BewohnerInnen der Innenstadt

**Vor** allem aber ist es das Mindeste, vor Beschlussfassung einer solchen Förderung mit den betroffenen AnrainerInnen das Gespräch zu suchen und zu informieren. Das ist nicht geschehen. In der kürzlich beschlossenen Entwicklungsstrategie für Knittelfeld steht deutlich: „**Maßnahme 6.3.6:** Lebenswertes und qualitativ hochwertiges Wohnen wird in allen Stadtvierteln gleichermaßen ermöglicht.“ Oder: „**Strategie 7.5:** Die Stadt übernimmt eine aktive Rolle und setzt Initiativen in guter Zusammenarbeit mit Hausbesit-

Um zu zeigen, dass die Bedenken bezüglich der Lärmbelastung nicht völlig aus der Luft gegriffen sind, möchte ich aus einem Interview zitieren. Die Kronenzeitung widmet dem gesunden Schlaf eine Serie. In einem Interview mit dem Grazer Neurologen Univ.-Prof. Dr. Manfred Walzl steht dort zu lesen:

### „Welche Auswirkung hat Schlafentzug?“

Dieser stellt ein hohes Risiko für Herz-Kreislauferkrankungen dar, erhöht das Unfallrisiko um 650 Prozent (!), ist für ein Viertel aller tödlichen Verkehrsunfälle verantwortlich und wirkt wie Alkohol im Blut. Wer nur vier Stunden schläft, ist einem Menschen mit 0,5 Promille gleichzusetzen. Nur eine einzige schlaflose Nacht bewirkt ein Verhalten wie mit 1,0 Promille. Der Mensch kommt einige Tage lang ohne zu trinken, manchmal wochenlang ohne zu essen, aber nur gerade 60 Stunden ohne Schlaf aus.“

zern und Wirtschaftstreibenden“. Unter **Strategie 8.2.** steht zu lesen: „Mitsprache, Mitentscheidung und Mitverantwortung der BürgerInnen sind Teil des Selbstverständnisses von Stadtverwaltung und Stadtpolitik“.

**Die** schnelle Beschlussfassung ohne vorherige Information der BewohnerInnen hat auch damit zu tun, dass nun - gegen den Widerstand der KPÖ - nur mehr vier Gemeinderatssitzungen im Jahr vorgesehen sind. Die nächste Gemeinderatssitzung ist erst für 20. Juni geplant.

## Einkaufszentrum West: Alles retour

**Durch** eine Flächenwidmungsplanänderung wurde die Möglichkeit zur Erweiterung des Einkaufszentrums-West geschaffen. SPÖ, ÖVP und FPÖ sind hinter diesem Schritt gestanden. Die AnrainerInnen sind damals dagegen Sturm gelaufen, die Handelsbetriebe in der Innenstadt waren nicht erfreut, die KPÖ hat dagegen gestimmt.

**Nun** ist das Projekt gescheitert und deshalb wird alles zurückgewidmet. Wäre alles gleich so geblieben, hätte man sich viel Ärger erspart – und auch einiges an Kosten.

**In** engem Kontrakt mit dem Betreiber wurden mehrere Planungsvarianten erstellt. Die Kosten für diese Planungen und ein Verkehrskonzept beliefen sich auf rund 15.000 Euro. Diese Kosten hat die Gemeinde getragen.

**KPÖ-GR** Franz Moharitsch erklärte, man sollte aus diesen Erfahrungen lernen. Künftig müssen solche Kosten von den Betreibern getragen werden.



## Neue Pläne für Fläche gegenüber EKZ-West Wieviele Einkaufsmöglichkeiten braucht der Mensch?

**Auf dem Gelände gegenüber dem Einkaufszentrum West auf der anderen Seite der Kärntnerstraße sollen neue Verkaufsflächen entstehen. Der Eigentümer hat an die Gemeinde den Antrag gestellt einen Bebauungsplan für die Grundstücke zu erlassen.**

**Auf** einer Fläche von rund 11.330 m<sup>2</sup> sollen neue Handels- und Dienstleistungsbetrieben entstehen. Im Gespräch sind ein Merkurmarkt, das Dänische Bettenlager und Arztpraxen. Das sind aber nur Vermutungen. Die Flächen sind als Kerngebiet gewidmet und der Grundstückseigentümer hat einen Rechtsanspruch darauf, dass ein Bebauungsplan erlassen wird. Deshalb hat auch die KPÖ zugestimmt. Allerdings sehr ungerne und mit schwerem Herzen.

**Immer mehr Einkaufsmöglichkeiten - und immer weniger Geld in der Brieftasche**  
**Denn** wir sehen die Entstehung von immer mehr Einkaufszentren kritisch. Es ist absurd: Es entstehen immer mehr Einkaufsmöglichkeiten - und die Menschen haben durch die viel zu niedrigen Lohn-, Ge-

### Folgende Erklärung hat die KPÖ ins Protokoll aufnehmen lassen:

„Die KPÖ hält die Entstehung von immer mehr Einkaufszentren für eine Fehlentwicklung. Immer mehr Grünflächen werden versiegelt, es entsteht immer mehr Verkehr und die Geschäfte in der Innenstadt haben mit zusätzlicher Konkurrenz zu kämpfen.“

Auch angesichts der vielen bereits leerstehenden Einkaufsflächen ist der Bau eines neuen Projektes mehr als fragwürdig.

Für die Zukunft sind der Gemeinderat und der Landtag aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen (Rückwidmung, Gesetzesänderungen...) den Bau von weiteren Einkaufszentren zu verhindern“

halts- und Pensionserhöhungen immer weniger Geld zum Ausgeben.

## Es gibt keine einzige Krisenwohnung im Murtal

### Diesen Antrag hat die KPÖ im Gemeinderat gestellt:

#### Schaffung von Krisenwohnungen

Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld möge folgendes beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld beauftragt den Bürgermeister und den Finanzreferenten in seiner Funktion als Obmann des Sozialhilfeverbandes Initiativen zur Schaffung von Krisenwohnungen in der Region Murtal zu setzen. Spätestens nach sechs Monaten ist dem Gemeinderat über die Ergebnisse der Bemühungen Bericht zu erstatten.

**In** der ganzen Region Murtal gibt es keine einzige Krisenwohnung. Schon seit längerem haben wir im Gemeinderat auf dieses fehlendes Angebot hingewiesen. Solche Wohnungen sollen bei akuten Wohnproblemen eine vorübergehende Unterbringungsmöglichkeit bieten. Auf Initiative des ehemaligen Gemeinderates

Heimo Korber und der KPÖ wurde vor einiger Zeit eine Wohnung bei der Evangelischen Kirche besichtigt. Die Evangelische Kirche wäre bereit diese Wohnung zur Verfügung zu stellen, allerdings müsste sie noch saniert werden.

**Diese**, oder andere Wohnungen im Murtal sollten als Krisenwohnungen eingerichtet werden. Der Bedarf für solche Wohnungen ist dringend gegeben, denn bis jetzt müssen Betroffene nach Bruck oder Graz ausweichen. Der Bürgermeister berichtete, dass dieses Anliegen auf seine Initiative hin auch Thema auf der nächsten Bürgermeisterkonferenz sein werde. Unser Antrag wurde an den Sozialausschuss überwiesen. Wir hoffen auf eine baldige Umsetzung.



8720 Knittelfeld · Frauengasse 17 · Tel. 03512/82575-0  
e-mail: haimlinger@inode.at · www.haimlinger.at

# BINDER

WILLKOMMEN BEI UNS!



GMBH

Schulgasse 11 / Ecke Parkstraße  
A-8720 Knittelfeld  
Tel.: 03512 / 820 25  
office@binder-gmbh.at  
www.binder-gmbh.at

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

# „Gerechte unter den Völkern“

## Mut und Menschlichkeit in dunklen Zeiten

Seit 1953 werden durch den Staat Israel Menschen als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet, die zwischen 1933 und 1945 große persönliche Risiken in Kauf nahmen und dabei ihr Leben in Gefahr brachten, um Juden während der Zeit des Nationalsozialismus zu retten. ORF III hat vor kurzem einen Bericht über zwei dieser Ausgezeichneten gezeigt.



### Paul Grüninger Fluchthelfer

Paul Ernst Grüninger war ab 1919 Polizeihauptmann in St. Gallen in der Schweiz. In den Jahren 1938 und 1939 rettete er als leitender Grenzbeamter jüdische und andere Flüchtlinge.

Nachdem die Schweiz die Grenzen für Flüchtlinge aus Deutschland ab einem bestimmten Datum dicht gemacht hatte, datierte Grüninger die Einreisedaten tausender Flüchtlinge vor. Dadurch wurde tausende Menschen vor der Vernichtung durch die Nazis gerettet.

1939 wurde er deswegen vom Dienst suspendiert und seine Ansprüche auf Pension aberkannt. 1940 wurde er wegen Amtspflichtverletzung zur Zahlung einer geringen Geldstrafe verurteilt. Er und seine Familie lebten danach in ärmlichen Verhältnissen. Grüninger wurde erst nach Jahrzehnten rehabilitiert.



### Franz Leitner Retter von Kindern im KZ Buchenwald

1936 wurde Franz Leitner wegen seiner Mitgliedschaft im damals illegalen Kommunistischen Jugendverband (KJV) für vier Monate inhaftiert. 1939 wurde Leitner verhaftet und ins KZ-Buchenwald deportiert.

In seiner Funktion als Blockältester und Mitglied einer geheimen kommunistischen Widerstandsgruppe im Konzentrationslager Buchenwald rettete er hunderte Kinder vor der Ermordung im KZ. Die Kinder wurden in einer Baracke versteckt und bis zur Befreiung des KZ versorgt. Die Betretung der Baracke durch die Wachen wurde durch ein Schild mit der Warnung vor Typhusgefahr verhindert. Die Entdeckung hätte die sofortige Ermordung der Kinder und der Helfer bedeutet. Franz Leitner war später Vorsitzender der KPÖ Steiermark und für die KPÖ im Landtag.

**Das sind zwei Beispiele von großem Mut und Menschlichkeit. Niemand kann sich sicher sein, ob er/sie in einer ähnlichen Situation den Mut aufgebracht hätte so zu handeln. Was man aber tun kann ist, sich solche Menschen zum Vorbild zu nehmen.**

**Wir** leben in Zeiten, in denen Rassismus und Hetze wieder salonfähig geworden sind. Es ist wichtig, dass sich angesichts der Flüchtlingsströme die Herzen

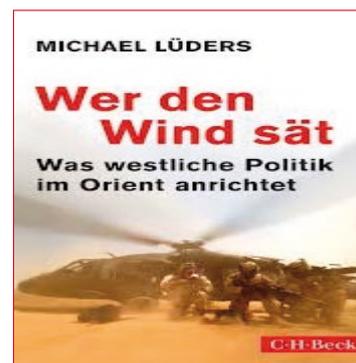
und Hirne der Menschen nicht verhärten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass wir wieder finsternen Zeiten entgegengehen.

**Nur** wenn die Lebensbedingungen für alle Menschen auf dieser Erde so sind, dass alle ein menschenwürdiges Leben führen können, werden wir vor Flüchtlingsströmen verschont bleiben. Es ist genug Reichtum und Wissen vorhanden um allen eine Chance zu geben. Es ist eine Frage der Verteilung dieses Reichtums.

Kurz vor Drucklegung unserer Zeitung hat uns die Meldung vom den Terroranschlägen in Brüssel erreicht. Unser Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen. Gerade angesichts solcher verbrecherischer Terroranschläge ist es wichtig sich die Frage nach den Ursachen zu stellen.

Ohne die jahrzehntelangen Kriegseinsätze und Einmischungen der USA - teilweise unterstützt von der EU - würde es den Islamischen Staat nicht geben. Seit 2011 haben die USA und ihre Verbündeten in sieben mehrheitlich muslimischen Ländern militärisch interveniert: Afghanistan, Irak, Somalia, Jemen, Pakistan, Libyen, Syrien. Gleichzeitig wurde mit Saudi Arabien ein Land unterstützt, das eine extreme Form des Islam praktiziert. Radikale islamische Strömungen wurden von den USA im Kampf gegen die Sowjetunion hochgezüchtet. Unsummen werden für Waffen ausgegeben. Die Kosten für militärische Konflikte verschlangen im Jahr 2014 13,4 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung.

Das alles hat weite Regionen des Orients ins Chaos gestürzt. Das ist der Nährboden für den Terror. Noch mehr Militäreinsätze, noch mehr Rüstung und der Rückbau von Bürgerrechten sind keine Lösung, sondern machen alles noch schlimmer.



**Dieses Buch beschreibt die westlichen Interventionen im Nahen und Mittleren Osten seit der Kolonialzeit und erklärt, was sie mit der aktuellen politischen Situation zu tun haben.**

**Dieses Buch ist auch in der Buchhandlung Steinbergerhof in der Kirchengasse 6 erhältlich.**

## Ohne Beschluss und ohne Information des Gemeinderates: Städtische Gärtnerei schließt Verkaufsbetrieb

Im Mai 2014 wurde die Gründung des Gewerbebetriebes der Städtischen Gärtnerei mit einem Fest für die Bevölkerung und Ansprachen, unter anderem vom jetzigen Bürgermeister Gerald Schmid, medienwirksam gefeiert. Sang- und klanglos soll es nun zur Einstellung des Verkaufsbetriebes kommen. Für diesen Schritt gibt es keinen Stadt- oder Gemeinderatsbeschluss. Letzterer wurde noch nicht einmal über das Vorhaben informiert.

Mit der Gründung eines Verkaufsbetriebs als neue Geschäftsidee wollte die Gemeinde ihr Angebot erweitern. Das haben auch wir begrüßt. Die Gärtnerei nahm die Tätigkeit auf. Allerdings waren Abgänge zu verzeichnen, die sich aber jedes Jahr verringert haben. Im Jahr 2015 war laut Rechnungsabschluss ein Abgang von rund 32.000 Euro.

### Keine Beschlussfassung

Nun wurde die Gärtnerei von einer externen Beratungsfirma überprüft, dafür wurden Kosten von rund 14.500 Euro beschlossen. Die Ergebnisse der Überprüfung wurden dem Stadtrat präsentiert. Die Beratungsfirma ist der Meinung, dass ein positives Ergebnis nicht zu erreichen sei und rät dazu, den Verkaufsbetrieb einzustellen. Das wurde diskutiert - aber eine Beschlussfassung in diese Richtung erfolgte nicht.

Die Schließung des Verkaufs ist eine schwerwiegende Entscheidung. Natürlich kann ein Abgang nicht ignoriert werden. Aber es stellt sich die Frage, ob die

Anlaufzeit nicht zu kurz ist, um eine so drastische Entscheidung zu treffen und ob es nicht Alternativen gibt um das Ergebnis zu verbessern. Auf jeden Fall muss eine solche Entscheidung gut überlegt werden und braucht dann eine entsprechende Beschlussfassung. Das ist nicht geschehen.

### Pressekonferenz statt

### Information an den Gemeinderat

Wenige Tage nach der Präsentation im Stadtrat war eine Gemeinderatssitzung. Vor der Gemeinderatssitzung gab es eine Pressekonferenz. Bürgermeister und Finanzreferent berichteten den Medien von der Schließungsabsicht. Bei der Gemeinderatssitzung fand der Bürgermeister es dann nicht für nötig, den Gemeinderat zu informieren - geschweige denn einen Beschluss herbeizuführen. So haben einige GemeinderätInnen erst aus den Medien erfahren, dass der Verkaufsbetrieb eingestellt werden soll.

### Alleingang ohne Gemeinderat

Im Stadtrat und im Gemeinderat werden oft Beschlüsse über ganz geringe Summen gefasst - z.B. über den Verleih von Sesseln aus dem Kulturhaus für eine Modenschau. In einer so wichtigen Weichenstellung wie bei der Gärtnerei ohne Information aller GemeinderätInnen und ohne Beschlussfassung vorzugehen ist in unseren Augen eine Ungeheuerlichkeit. Die nächste reguläre Gemeinderatssitzung ist erst für 20. Juni geplant. Bis dahin sind alle Fakten gesetzt. Wir verlangen eine rasche Sondersitzung des Gemeinderates.



# MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



### Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

### Elke Kahr:

*Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.*

### Ernest Kaltenegger:

*Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.*

### Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**

Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld,  
Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: [kpoe.knittelfeld@aon.at](mailto:kpoe.knittelfeld@aon.at)

